



POLITIK / KOMMENTAR

Rote Hilfe - Verbotsgefahr im Verzug ...

(SB) - Die Kriminalisierung effizient arbeitender Strukturen linken Widerstandes ist reguläre Praxis jeder Regierung, die ihren Verfassungsauftrag nicht nur normativ begreift, sondern qualitativ zur Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vollzieht. Am Umgang mit außerparlamentarischen und basisdemokratischen Organisationen ... (S. 9)

UMWELT / REDAKTION

CO2 - die Ökonomie behält den ersten Platz ...

(SB) - Im August 2018 und damit noch rechtzeitig vor der am 2. Dezember 2018 in Katowice begonnenen UN-Klimakonferenz hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ein Politikpapier ... (S. 13)

ADVENT



... (Seite 6)

Klimawandel - Ausflucht Politik ...

"Es geht nicht mehr um das 'Ob', sondern um das 'Wie' - das wissenschaftliche Urteil ist klar: die globalen Emissionen müssen bis zum Jahr 2030 halbiert werden, wenn wir eine Chance haben wollen, deutlich unter der Grenze von zwei Grad globaler Erwärmung zu bleiben. Der UN-Klimagipfel im polnischen Kattowitz wird nicht diskutieren, 'ob' Regierungen zur Begrenzung der Klimarisiken weltweit eine schnelle Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen erreichen müssen, sondern 'wie' sie dies tun können."

(Johan Rockström, designierter Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) in einer Pressemitteilung am 30.11.18 zur bevorstehenden COP 24)



Zuhause weitermachen wie bisher und das Emissionensparen anderswo finanzieren. Das European Union Emission Trading System (EU ETS) beruht auf dem volkswirtschaftsschonenden Prinzip, daß der Betreiber einer erfaßten Anlage für jede Tonne emittiertes CO₂ ein handelbares und unbegrenzt gültiges Zertifikat kaufen muß.

Foto: by Dr.G.Schmitz CC BY-SA 3.0

[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>], via Wikimedia Commons

(SB) 3. Dezember 2018 - Der jüngste, von Klimaforschern erstellte IPCC-Sonderbericht 1,5 (kurz: SR 1,5) läßt keinen Zweifel daran: Nichts ist überflüssig,

was zum Klimaschutz beiträgt. In den nächsten zwölf Jahren muß die Weltgemeinschaft eine Trendwende geschafft und die Treibhausgas-Emissionen auf die

Hälfte reduziert haben. Jede Verzögerung kostet vor allem in den sensiblen Regionen Menschenleben und mit jedem Zehntelgrad oder sogar Hundertstelgrad nicht vermiedener Erwärmung wachsen die Risiken des Klimawandels massiv an, aber auch die volkswirtschaftlichen Kosten. Dieses Fazit und der bevorstehende Klimagipfel COP 24 im polnischen Katowice hatte den beiden zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen Klima-Allianz Deutschland und VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe Anlaß zu einem gemeinsamen Positionspapier gegeben und darüber hinaus Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu einer Konferenz am 23. Oktober in Berlin einzuladen, auf der die Position Deutschlands im internationalen Klimaschutz kritisch hinterfragt und die notwendigen Forderungen zur 24. UN-Weltklimakonferenz noch einmal thematisiert werden sollten. [1] Auch wenn es in den Diskussionen an diesem Tag im Wesentlichen um das "Wie" ging und die geladenen Vertreter von Wissenschaft und Zivilgesellschaft sich zumeist darin einig waren, daß letztlich das, was technisch möglich ist, mit konzertiertem Druck auch politisch durchgesetzt werden könne, sind doch aus der jüngeren Vergangenheit Zweifel angebracht, daß sich wissenschaftliche Theorie und politische Praxis in Deckung bringen läßt. Die Blockadehaltung der Bundesregierung gegenüber vielen Vorschlägen, sich den gemeinsamen Klimazielen anzunähern und ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden, läßt sich jedenfalls nicht per Knopfdruck ausschalten. An der deutschen

Klimapolitik wird deutlich, daß ein konsequenter Klimaschutz an genau den widerständigen Industrie- und Wirtschaftsinteressen scheitert, die bislang am stärksten zum Klimawandel beigetragen haben, während Feigenblattprojekte mehr oder weniger erfolgreich den Eindruck erwecken, die gesellschaftlichen und politischen Kräfte wären schon auf dem richtigen Weg.

Schon vor und auf dem letzten COP 23 in Bonn war die deutsche Klimapolitik immer wieder in die Kritik geraten, weil hierzulande Klimaschutz kaum spürbar nur in den Bereichen stattfindet, in denen es niemanden schmerzt. Viele Großemittenten wälzen Einsparungen oder CO₂-Entfernungsmassnahmen gleich ganz auf andere Länder ab, so daß der deutsche Alltag davon kaum tangiert wird und ein Weitermachen wie bisher gewährleistet bleibt. Beispiele dafür sind u.a. die Energieeinsparungen, die durch bezuschulte Gebäudedämmungen erreicht werden und sowohl Immobilienbesitzern wie Bauunternehmern entgegenkommen, die damit vor allem ihre Konten sanieren. Mittels des umstrittenen Emissionsrechtehandels wird zudem im weit größeren Stil dafür gesorgt, daß Business as usual weitergehen kann und Emissionseinsparungen keine großen volkswirtschaftlichen Kosten verursachen. [2] EU-weit gibt dieser Ablasshandel den Verursachern von 45 Prozent der Emissionen ein gutes Gewissen, mit dem sie die 1.931,85 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente [3], die sie erzeugen, weiter in die Atmosphäre blasen. Zudem erfordern Entwicklung und Produktion von technischen Lösungen oder "Techno-Fixes",

mit denen Emissionen auf allen Sektoren (Verkehr, Energie oder Landwirtschaft) eingeschränkt werden sollen, den energie- und emissionsträchtigen Ausbau und Betrieb von neuen Industriezweigen. Ist Klimaschutz hierzulande tatsächlich nur dann ein Thema, wenn seine staatlich geförderte technische Umsetzung Verursacher der Klimamiserie belohnt und noch reicher und mächtiger als bisher werden läßt?

Tatsächlich beweisen auch die letzten politischen Entscheidungen der deutschen Umweltministerin Svenja Schulze (SPD), nicht für eine ambitioniertere Absenkung der CO₂-Grenzwerte für PKW und Transporter im EU-Umweltministerrat zu kämpfen, und auch generell in dem wenig erkennbaren Bemühen, die für 2020 versprochenen Klimaziele tatsächlich zu erreichen, daß Deutschland kaum besser dasteht als jene Nationen, die sich offen für den Boykott des Parisabkommens aussprechen. So hatte die schwarz-rote Bundesregierung nach der letzten Wahl angekündigt, die Emissionen im Verkehrssektor bis 2030 auf 40 bis 42 Prozent zu reduzieren. Ministerin Schulze hatte im Sommer noch 45 Prozent CO₂-Einsparung für "technisch machbar und klimapolitisch geboten" gehalten, damit die Autoindustrie schneller auf Hybrid- und Elektrosysteme umrüstet. Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, wäre auch das noch zu wenig. Selbst wenn sich Deutschland gemeinsam mit den anderen Staaten der EU für eine Reduktion auf 55 Prozent in allen Sektoren einsetzen würde, erreichte man damit nur das im Übereinkommen von Paris beschlossene Mindestziel von zwei Grad Celsi-

us globaler Erwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit. Mehr aber nicht. Gerade in dem emissionsintensiven Verkehrsbe- reich ist seit 1990 nichts passiert. Statt konsequent in klimafreundliche Lösungen (öffentliche Ver- kehrsmittel, Radverkehr etc.) zu investieren, wurden Autobahn- netze ausgebaut.

Von den bis 2020 zugesagten 200 Millionen Tonnen CO₂, die in al- len Sektoren reduziert werden sollten, sind bis heute erst 40 Mil- lionen Tonnen geschafft. Laut Mojib Latif, ein international anerkannter Klimaforscher der Uni- versität Kiel, der auch für die ak- tuelle Klimakonferenz in Katto- wice immer wieder von den Me- dien frequentiert wird, registriere sein Institut immer noch Phasen, in denen die CO₂-Emissionen deutlich anstiegen, beispielswei- se im ersten Halbjahr 2017 gegen- über dem gleichen Vorjahreszeit- raum um 1,2 Prozent. [4]

Denkanstöße dazu, was getan werden sollte, um die fehlenden 160 Millionen doch noch einzu- sparen, und wie dies in einem großen gemeinsamen Kraftakt in allen gesellschaftlichen Berei- chen zu machen wäre, sind wie- der im neuen SR 1,5 zu finden. Die Wissenschaftler des UN-Kli- marats rechnen hier nicht zum er- sten Mal vor, daß für dieses Ziel das Abschalten oder zumindest das starke Drosseln der Kohle- kraftwerke unabdingbar ist. Was den Einzelnen angeht, müsse man Fleischkonsum und intensive Landwirtschaft drastisch reduzie- ren, Verkehrsteilnehmer sollten auf kleinere und elektrische Au- tos umsatteln und Gebäude so ge- dämmt und mit Wärmepumpen energetisch umgerüstet werden,



Düstere Aussichten, besonders für sozial Benachteiligte: Die notwendige Transformation wird manche bis an den Rand ihrer Existenz fordern. Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Daniela Jacob, Martin Jäger, Jule Reimer (Moderatorin) und Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch (von links nach rechts)

Foto: © 2018 by Schattenblick

daß heizen quasi überflüssig wür- de. Zwar hätte Deutschland sogar bis 2030 Zeit, die dafür ebenso notwendigen wie unpopulären Transformationsprozesse auf die Bahn zu bringen. Bei dem derzeitigen Schleichtempo und unter den gegebenen Voraussetzungen scheint dies allerdings sehr frag- lich. Anders als Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesell- schaft, das zeigte sich auch in der ersten Podiumsdiskussion der Veranstaltung, fällt es zumindest Politikern schwer, sich mit dem Bekenntnis zu einschneidenden Veränderungen bei potentiellen Wählern unbeliebt zu machen.

Das bestätigte auch Christoph Bals, Geschäftsführer von Ger- manwatch, der gemeinsam mit Prof. Dr. Daniela Jacob, koordi-

nierende Leitautorin des IPCC- Sonderberichts und Direktorin des Climate Service Center Ger- many (GERICS) in Geesthacht, Martin Jäger, Staatssekretär im Bundesministerium für wirt- schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Jule Reimer (Mo- deratorin), Deutschlandfunk auf dem Podium der Konferenz dar- über diskutierte, was Deutschland in den kommenden Monaten tun und in dem für 2019 geplanten Klimaschutzgesetz verankern muß, um seine diesbezügliche Schieflage vor der Weltöffent- lichkeit zu korrigieren. Gegen- über dem Schattenblick vertrat er die Ansicht, es habe sich seit Pa- ris durchaus Nennenswertes ge- tan, da immerhin 70 Prozent aller Investitionen im Energiebereich weltweit in die Erneuerbaren flie-



Kräfteverhältnis - Kohle gegen Erneuerbare.

Den Kohleabbau ohne Folgen für die Energieversorgung zu stoppen, wäre technisch möglich, stößt aber auf massiven Widerstand.

Foto: 2012 Bert Kaufmann CC BY-SA 2.0

[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>], via Wikimedia Commons

ßen und Speicher- und Effizienztechnologien nur auf ihre weltweite Implementierung warteten. Er räumte aber ein, daß man aufgrund der enormen Widerstände, mit denen sich Gewerkschaften und Industrieverbände gegen die Transformation des Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftssektors stemmen würden, nicht schnell genug vorankomme.

Am darauffolgenden Tag fand in Elsdorf im Rheinischen Revier eine Demonstration von Kohlebefürwortern statt, zu der die Gewerkschaften IG BCE und Verdi aufgerufen hatten. Die RWE gab allen Arbeitern frei und organisierte Busse, damit sie der Kundgebung beiwohnen konnten. Mit dieser Art von organisiertem Widerstand müsse man zunehmend rechnen, meinte Bals und fuhr fort: "Um damit entsprechend umzugehen und dennoch Wahl-

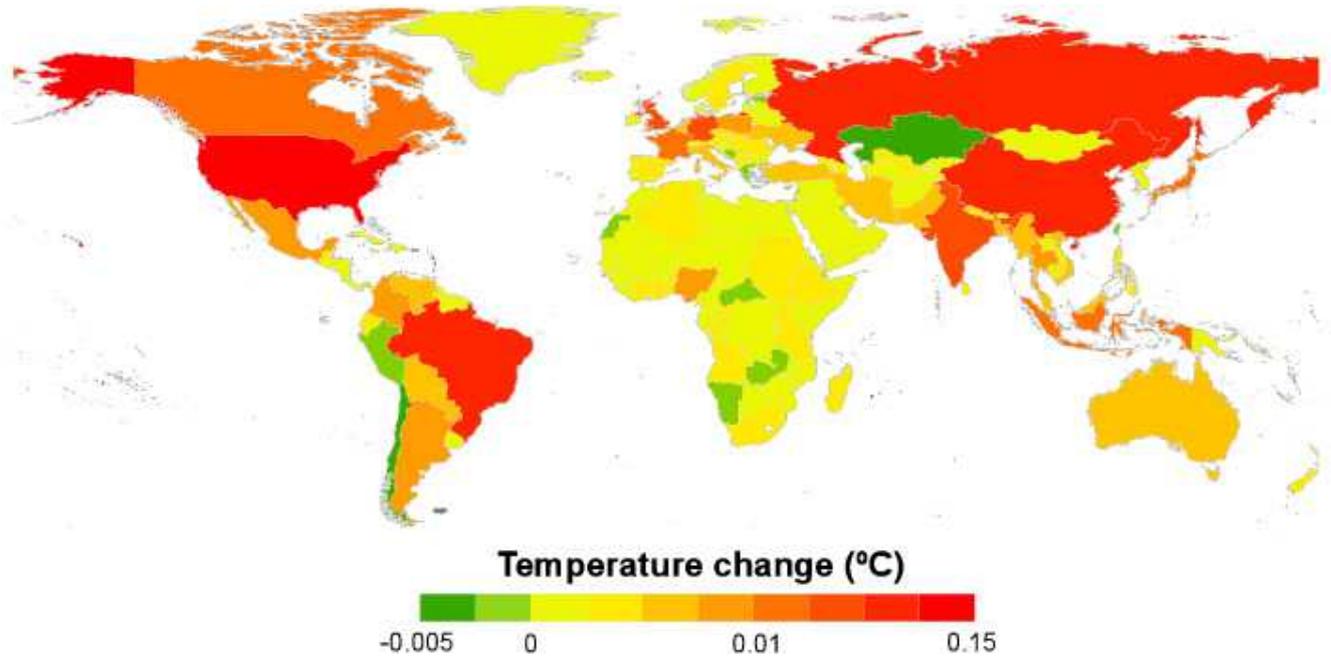
kämpfe zu gewinnen, braucht die Politik kluge Konzepte, aber auch Rückgrat und Intelligenz, um diese durchzusetzen." Wird eine Verzahnung von Wirtschaft und Politik und die dadurch gesteigerte Durchsetzungsfähigkeit privilegierter Interessen von der Zivilgesellschaft unhinterfragt und kritiklos vorausgesetzt?

Auch Klimaforscher Latif, der den aktuellen Klimagipfel in Katowice im Rundfunk als einen "Lackmustest für die Weltgemeinschaft" bezeichnete, die hier zeigen könne, ob sie in der Lage sei, globale Probleme zu lösen, [5] baut letztlich auf den finanzstarken Einfluß der umstrittenen Akteure, die einen Klimaschutz ohne Schmerzen und Nachteile in zumindest unserem Teil der Welt garantieren. Obwohl er das Festhalten am Kohleabbau in Deutschland für eine Katastrophe

hält, fordert er, den Klimaschutz nicht ideologisch zu betrachten, sondern als "Innovationsmotor Nummer eins" für die deutsche Wirtschaft. "Dann", so Latif, "würden auch viele Menschen mitgehen".

Dabei soll offenbar verdrängt werden, daß jeder, der am Wohlstand beteiligt ist, auch mit einem Teil der historischen Verantwortung zum Klimawandel trägt, zumal er seine eigenen Vorteile durch bestehende Systeme nie infrage stellte. Diese Klimaschuld ist für den Einzelnen beträchtlich.

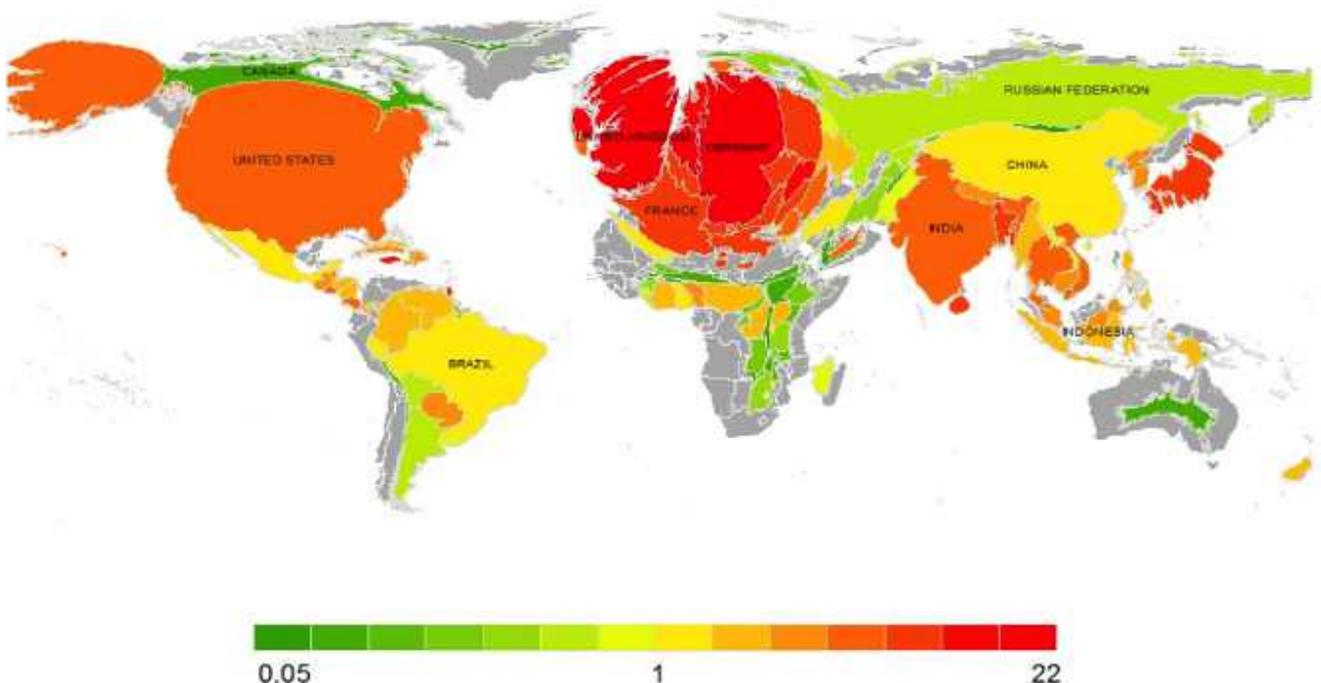
Laut einer bereits 2014 veröffentlichten kanadischen Studie von H. Damon Matthews et al. im Fachblatt "Environmental Research Letters" liegt Deutschland als Wirtschaftsmacht und Autonation an sechster Stelle der sieben Staaten, die mit ihren CO₂-Emissionen für 63 Prozent der Klimaerwärmung gesorgt haben: Nach ihrer Rechnung haben die USA mit 20 Prozent allein die bodennahe Lufttemperatur um 0,15 Grad erhöht. China und Rußland trugen jeweils 0,06 Grad dazu bei, Brasilien und Indien jeweils 0,05 Grad, dicht gefolgt von Deutschland und Großbritannien, die das Thermometer jeweils um weitere 0,03 Grad klettern ließen.[6] Rechnet man allerdings die ausgelöste Erwärmung auf die Anzahl der Einwohner des jeweiligen Landes um, werden die Briten zu Hauptverursachern, noch vor den US-Bürgern. Auch Kanadier, Russen, Deutsche, Holländer und Australier stehen als Treibhausgas-Verursacher ganz besonders dick in der Kreide. China oder Indien, die häufig als die neuen Luftverschmutzer an-



geprangert werden, rutschen aufgrund ihrer hohen Bevölkerungsdichte auf die hinteren Ränge der historischen Klimasünder. Derzeit liegen die CO₂-Emissionen pro Kopf in Indien bei 1,57 Tonnen pro Jahr. Ein Bundesbürger emittiert im Durchschnitt 11 Tonnen und ein Einwohner Katars 30,77 Tonnen CO₂-Äquivalente.

Aufgeblasene Verursacher: Die, welche der Klimawandel am härtesten trifft, haben in der Regel am wenigsten dazu beigetragen
 Grafiken: 2014 by H Damon Matthews et al., Environ. Res. Lett. 9 014010 als CC-BY 3.0 [creativecommons.org/licenses/by/3.0/] via iopscience.iop.org [7]

Wer also davon spricht, internationale Verantwortung gegenüber besonders klimasensiblen Ländern übernehmen zu wollen, muß im Bewußtsein und Denken pro Kopf größere und tiefgreifendere Veränderungen initiieren, die auch nicht vor dem eigenen Vorteilsstreben halt machen.



Anmerkungen:

[1] <https://www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/cop-24-deutschland-aus-dem-klimaabeits-holen/>

[2] <http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umrb0147.html>

[3] Die Treibhausgas-Emissionen der EU betrug 2016 4.293 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/6_tab_thg-emi-eu-28-substanzen_2018-09-18.pdf

[4] <https://www.freitag.de/autoren/klimarettterinfo/der-klimaschutzplan>

[5] https://www.deutschlandfunk.de/polen-klimakonferenz-in-kattowitz-eroeff-net.1939.de.html?drn:news_id=952155

[6] <http://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/9/1/014010/pdf>

[7] Grafik oben: Weltkarte, auf welcher der Beitrag einzelner Staaten zur Klimaerwärmung in Grad Celsius farbig abgestuft wird. Einberechnet wurden CO₂- und andere Treibhausgas-Emissionen, der Verlust von Kohlenstoffbeständen durch veränderte Flächennutzung, aber auch Abkühleffekte durch Sulfat-Aerosole.

Grafik unten: Weltkarte, auf der die Größe der Staaten gemessen an ihrem historischen Pro-Kopf-Beitrag zur Erwärmung aufgeblasen oder geschrumpft wurde. Großbritannien ist auf diese Weise gleich groß wie die USA

Beide Grafiken: 2014 by H Damon Matthews et al., Environ. Res. Lett. 9 014010 als CC-BY 3.0 [creativecommons.org/licenses/by/3.0/] via iopscience.iop.org

Bisher sind zur Konferenz "Jedes Zehntelgrad zählt" am 23. Oktober 2018 in Berlin im Schattenblick unter INFOPOOL → UMWELT → REPORT erschienen:

BERICHT/146: Klimawandel - Schaden genug ... (SB)

BERICHT/147: Klimawandel - Zertifikationshandel befördert Emissionen ... (SB)

BERICHT/148: Klimawandel - klagen und wagen ... (SB)

BERICHT/149: Klimawandel - Ausflucht Politik ... (SB)

INTERVIEW/285: Klimawandel -

entfesselte Gefährlichkeit ...

Dr. Werner Würtele im Gespräch (SB)

INTERVIEW/286: Klimawandel - Überlebensnot und Nahrungsmangel ... Sabine Minninger im Gespräch (SB)

INTERVIEW/287: Klimawandel - und kontrafinanziert ...

Elenita Daño im Gespräch (SB)

INTERVIEW/288: Klimawandel - gleichwohl bewältigbar ...

Prof. Dr. Daniela Jacob im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umrb0149.html>

DIENSTE / KALENDER / ADVENT



**Adventskalender
für Dienstag,
den 4. Dezember**

So war er tief versunken
beim Mischen und beim Kneten,
beim Löffeln und beim Tunken,
als könnt' er sich verspäten.

<http://www.schattenblick.de/infopool/dienste/kalender/dkad0100.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

ELN ernennt Rodríguez Bautista zu Unterhändler für Friedensgespräche

(Medellín, 21. November 2018, *colombia informa/poonal*) - Die kolumbianische Guerrillaorganisation ELN (Ejército de Liberación Nacional) hat ihren obersten Kommandanten Nicolás Rodríguez Bautista zum Repräsentanten ihrer Friedensdelegation für die zur Zeit abgebrochenen Friedensgespräche auf Kuba ernannt. In einem Brief informierten sie den Beauftragten der kolumbianischen Regierung für die Friedensgespräche, Miguel Ceballos. Die kolumbianische Staatsanwaltschaft hatte Anfang Oktober gegen Rodríguez Bautista einen internationalen Haftbefehl erwirkt. Regierungssprecher Ceballos reagierte dementsprechend auf die Twiternachricht der ELN, die den Brief vom 10. November verbreitete. Ceballos bekräftigte, dass allein Präsident Duque über die Aufhebung des internationalen Haftbefehls bestimmen. Duque reagierte ebenfalls und forderte von der kubanischen Regierung die Verhaftung und Auslieferung Rodríguez Bautistas, den er auf Kuba vermutet. Bereits Anfang Oktober hatte Duque auch der Regierung Venezuelas vorgeworfen, führende Mitglieder der ELN zu beherbergen und zu unterstützen. Seitdem erkennt er Venezuela als Garantiestaat für den Friedensprozess nicht mehr an. Der Friedenspro-

zess befindet sich - nun auch auf internationaler Ebene - in einer schweren Krise, an deren Ende sein Abbruch stehen könnte.

Die neue Regierung von Kolumbien führt eine aggressive Politik gegen die Friedensverhandlungen. Präsident Duque, seit August im Amt, torpediert die Umsetzung der Vereinbarungen mit den FARC, genau so wie es seine Partei Centro Democrático bereits in ihrem Wahlkampf angekündigt hatte. Auch die Verhandlungen mit der ELN hat Duque auf Eis gelegt. Für die erneute Aufnahme der Verhandlungen stellte die kolumbianische Regierung unilaterale Forderungen; unter anderem müsse die ELN alle kriminellen Aktivitäten beenden und keine Geiseln mehr nehmen. Die ELN besteht jedoch weiterhin auf bilaterale Vereinbarungen, und unterstreicht die Notwendigkeit einer Fortführung von gemeinsamen Verhandlungen über diese Forderungen.

Laut einer Umfrage des kolumbianischen Instituts Invamer vom September 2018 befürworteten 61,5 Prozent der befragten Kolumbianer*innen die Fortsetzung der Friedensverhandlungen mit der Guerillaorganisation ELN.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/eln-ernennt-rodriquez-bautista-zu-unterhaendler-fuer-friedensgespraeche/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1834.html>



POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko schiebt Migrant*innen ab

von Wolf-Dieter Vogel

(Oaxaca, 26. November 2018, taz) - Die mexikanischen Behörden schieben Migrant*innen ab, die am Sonntag versucht hatten, die US-Grenze am Übergang in Tijuana zu durchbrechen. Alle, die sich an den gewalttätigen Aktionen beteiligt hätten, würden in ihre Heimatländer zurückgeführt, informierte das Innenministerium des lateinamerikanischen Landes. Den Sicherheitskräften sei es gelungen, 500 Personen daran zu hindern, gewaltsam von Mexiko aus in die USA einzudringen. Die US-Heimatschutzministerin Kirstjen Nielsen erklärte indes, man werde Aktionen wie den versuchten illegalen Grenzübertritt mit aller Härte des Gesetzes verfolgen. Aufgrund des Vorfalls blieb die Grenze zwischen Tijuana und San Diego am Sonntag sechs Stunden lang geschlossen.

Knapp 5.000 Menschen, die vorwiegend aus Honduras vor Armut und Gewalt geflüchtet sind, hängen seit knapp zwei Wochen auf einer Sportanlage in der nordmexikanischen Stadt fest. Sie sind im Laufe der vergangenen zwölf Tage mit mehreren Migrantenkarawanen dort angekommen und warten seither darauf, in die USA einreisen und dort arbeiten zu können. Die einen hoffen auf politisches Asyl, andere auf eine Arbeitsgenehmigung. Doch die Aussichten sind bisher schlecht.

Am Sonntag marschierten deshalb mehrere hundert von ihnen zum Grenzzaun. Die Männer, Frauen und Kinder konnten die Sperren der mexikanischen Bundespolizei durchbrechen. Manche versuchten, durch die Kanalisation eines Flussbettes weiterzukommen, andere über eine Gleisanlage. Etwa 50 kletterten auf den Metallzaun, der die beiden Staaten voneinander trennt. Doch alle wurden von US-Sicherheitskräften mit Tränengas und Gummigeschossen zurückgedrängt. Auch Hubschrauber des US-Grenzschutzes waren im Einsatz.

"Wir sind keine Kriminellen, sondern internationale Arbeiter", riefen die Migrant*innen während ihres Marsches Richtung Grenzübergang "El Chaparral". Auf ihrer Demonstration trugen sie mexikanische, honduranische sowie US-amerikanische Flaggen. Mit Blick auf den Präsidenten des Nachbarlandes, Donald Trump, trugen sie Plakate mit der Aufschrift: "Trump, wir sind nicht deine Feinde." Vor ihrer Aktion beteten sie und brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass "Trump sein Herz öffnen" werde.

Uneinigkeit zwischen Mexiko und USA

Der US-Staatschef ließ dagegen kurz zuvor über den Kurznach-

richtendienst Twitter wissen, "es wäre sehr klug, wenn Mexiko die Karawanen (der Migrant*innen) weit von der Südgrenze (der USA) stoppen würde". Bereits am Samstag hatte die US-Tageszeitung Washington Post gemeldet, Trump und der künftige mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador, der am 1. Dezember sein Amt antritt, hätten sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den Migrant*innen geeinigt. Demnach müssten alle, die in den USA Asyl suchen, in Mexiko bleiben, bis ihr Antrag bearbeitet sei. "Migranten an der Südgrenze dürfen nur dann in die Vereinigten Staaten einreisen, wenn ihre Ansprüche vor Gericht einzeln genehmigt werden", twitterte Trump.

Doch die künftige mexikanische Innenministerin Olga Sánchez Cordero, die von der Washington Post zitiert wird, dementierte die Aussagen des US-Präsidenten. Man werde die Migrant*innen weiterhin mit offenen Armen empfangen und deren Menschenrechte besonders im Blick haben, erklärte Cordero.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/mexiko-schiebt-migrantinnen-ab/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weiter-

POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

Rote Hilfe - Verbotsgefahr im Verzug ...

(SB) 3. Dezember 2018 - Die Kriminalisierung effizient arbeitender Strukturen linken Widerstandes ist reguläre Praxis jeder Regierung, die ihren Verfassungsauftrag nicht nur normativ begreift, sondern qualitativ zur Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vollzieht. Am Umgang mit außerparlamentarischen und basisdemokratischen Organisationen, die die Imperative vorherrschender Formen von Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen, ist der Stand der gesellschaftlichen Entwicklung und Erosion demokratischer Institutionen gut zu erkennen. Bedient wird nicht nur die

Notwendigkeit des Aufbaus von Feindbildern, die für krisenbedingte Störungen des gesellschaftlichen Friedens verantwortlich gemacht werden können, sondern die Staatsgewalt wird konkret gegen diejenigen in Stellung gebracht, die die Lösung gesellschaftlicher Probleme in der Überwindung konstitutiver Widerspruchslagen erkennen.

Den darin hervortretenden Primat einer Staatsräson, die vorgibt, zum Wohle aller Menschen zu handeln, aber offenkundig klassengesellschaftliche Partikularinteressen vertritt, zum Gegenstand kontroverser Auseinandersetzungen zu machen scheint auszureichen, um Anlaß für Vereinsverbote oder die Anwendung des Vereinigungsstrafrechtes gegen politische AktivistInnen zu geben. Das Verbot der linken Informationsplattform Indymedia linksunten im August 2017 ist ein signifikanter Beleg dafür, daß freies, vor Strafverfolgung durch Anonymität geschütztes Diskutieren in der Bundesrepublik die Grenzen des für legal befundenen demokratischen Diskurses bereits überschreitet. Nur wenige Wochen nach den G20-Protesten in Hamburg und zwei Monate vor dem Weltklimagipfel in Bonn sollte der Formierung sozialen und außerparlamentarischen Widerstandes ein Riegel vorgeschoben werden.

Nachrichtenmagazin Focus vom Bundesinnenministerium ausgehende Forderung eines Verbots des eingetragenen Vereins bislang dort nicht bestätigt, doch das sollte angesichts der auf breiter Front anwachsenden Aufrüstung staatlicher Vollzugsgewalt insbesondere gegen linke AktivistInnen kein Grund zur Entwarnung sein. Während die neurechte Hegemonie in Gestalt der Unionsparteien, die sich immer unverhohlener die ideologischen Positionen der AfD zu eigen machen, zementiert wird und der restaurative Tonfall in den Massenmedien kaum noch auf kritische Einwände stößt, schafft die Neuauflage der Polizeigesetze der Länder die Grundlagen für den praktischen Vollzug exekutiver Gesinnungskontrolle. Während der Bevölkerung im Fernsehen mit Stasi-Schmonzetten und Berichten über autoritäre Entwicklungen in aller Welt suggeriert wird, in einem Hort der Freiheit zu leben, werden mit der strafrechtlichen Verfolgung der türkischen und kurdischen Exilopposition und Verbotsforderungen wie derjenigen gegen die Rote Hilfe Tatsachen politischer Repression geschaffen, die sich nach der extremismusideologischen Gleichung Links gleich Rechts schon deshalb rechnen, weil der erstarkenden Neuen Rechten auf nicht annähernd vergleichbare Weise zu Leibe gerückt wird.

Nun scheint einmal mehr die Rechtshilfeorganisation Rote Hilfe im Visier des Staatsschutzes zu stehen. Zwar wurde die laut dem

So wurde den zahlreichen Indizien für eine behördliche Verwicklung in die NSU-Morde wie in den Anschlag auf den Berliner Weih-

Fortsetzung von Seite 8:

gabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1835.html>

nachtsmarkt vor zwei Jahren ermittlungstechnisch nur sehr bedingt Rechnung getragen, und die Verdachtsmomente, die die Existenz einer im Ernstfall eigenmächtig intervenierenden Gruppe innerhalb der Bundeswehr nahelegen, verlaufen im Sand. Im Krisenmanagement eines Staates, dessen Verfassung durch den darin vorgesehenen Ausnahmezustand über Existenzgarantien für diejenigen verfügt, die über die exekutive Gewalt gebieten und dieses Mandat im Zweifelsfall auch auf antidemokratische Weise sichern wollen, scheint derartigen Strukturen der funktionale Rang einer Art Einsatzreserve zuzukommen. Wäre es nicht so, dann würde der Möglichkeit des Vorhandenseins von Umsturzpotentialen im Apparat mit weit größerem Nachdruck auf den Grund gegangen, als es bislang der Fall ist.

Mit dem scharfen Schwert der Verbotsforderung auf linke Strukturen loszugehen, die beim erreichten Stand auf Rassismus und Sozialchauvinismus geeichter Feindseligkeit weit davon entfernt sind, politischen Einfluß auf breiter Ebene zu entfalten, erklärt sich mithin aus der Eskalation krisenhafter Entwicklungen selbst. Wie die militanten Proteste der sogenannten Gelbwesten in Frankreich zeigen, ist jederzeit mit einem sozialen Aufbegehren zu rechnen, das in seiner politischen Gewichtung kaum einzuschätzen und dementsprechend schwer einzubinden ist. Bürgerproteste gegen technische Großanlagen greifen ebenso in Staatsziele ein wie sozialökologischer Basiswiderstand, der sich gegen die weitere Naturzerstörung richtet. Forderungen nach Klimagerechtigkeit kommen einer Bundesregierung, die in der

innerimperialistischen Staatenkonkurrenz keinen Marktnachteil hinnehmen will, ebenfalls ungelogen. Nicht immer funktioniert die Strategie des Teilens und Herrschens, wie sich in den Kämpfen um den Hambacher Forst gezeigt hat, auf Anhieb, so daß stets mit einer Kriminalisierung von Teilen der Bewegung zu rechnen ist.

Haben sich strömungsübergreifende Strukturen der außerparlamentarischen Linken wie Indymedia linksunten und die Rote Hilfe einmal bewährt, dann geht von ihnen ein Potential an Mobilisierung und Solidarisierung aus, das auch den Zielen eines noch so grün gewandeten Kapitalismus gefährlich werden könnte. Um die anhaltende Verfolgung von G20-AktivistenInnen aufzuhalten, sind Diskussions- und Rechtshilfestrukturen ebenso bedeutsam wie zur Organisation sozialen Widerstandes gegen die autoritäre Entwicklung von rechts und sozialökologischer Kämpfe. Je mehr konkreter Handlungsbedarf für Menschen besteht, die nicht gewillt sind, den Marsch in die neue und vielleicht finale Barbarei hinzunehmen, desto strategischer scheinen staatliche Behörden bei der Ausschaltung derartiger Unterstützungsstrukturen vorzugehen. Die Gesellschaft vor denjenigen zu schützen, die am ehesten in der Lage wären, den behaupteten Frieden zu verwirklichen, könnte dementsprechend heißen, daß in den Zentralen administrativer Verfügungsgewalt von nichts anderem als Krieg ausgegangen wird.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1627.html>

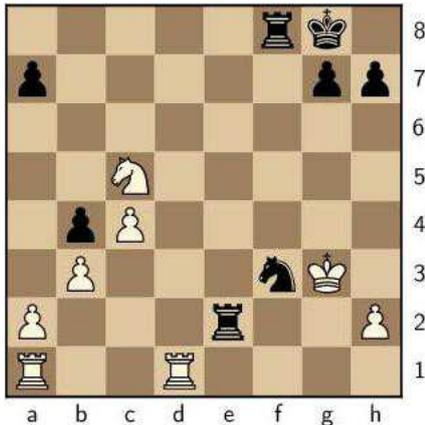
SCHACH - SPHINX

Einheit von Kultur und Denken

(SB) - Das älteste Kulturvolk der Welt stammt aus Armenien, jedenfalls wird es dort in den Schulen so gelehrt. Erwiesen ist allerdings, daß die erste christliche Kirche auf armenischem Boden entstand. Bei einem Volk mit solcher Traditionsiebe gehört das Schachspiel zur Alltagsbeschäftigung wie das Salz zur Suppe. Kultur und Denken sind schließlich Zwillingbrüder, und gedacht wurde in Armenien immer schon viel, so viel, daß sogar ein Weltmeister aus ihren Reihen kam: Tigran Petrosjan. Gefährlich still waren seine Züge und fast unauslotbar tief seine Stellungen, die er auf dem Brett gestaltete. Doch im Volk der Rothaarigen wuchsen auch tüchtige Angriffsspieler heran. Das beste Beispiel dafür ist Rafael Waganjan, der lange Zeit im Schatten der überragenden sowjetischen Großmeister stand, dann, ab Anfang der 1980er Jahre, jedoch mit einigen großartigen Turnierfolgen den Durchbruch feiern konnte. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte er mit dem Wolga-Gambit eine scharfe Angriffspartie zelebriert und den weißen König aufs Korn genommen. Die schwarzen Figuren standen bereit zur letzten Einkesselung. Mit seinem nächsten Zug schloß Waganjan den Ring dann unentrinnbar zu, Wanderer.

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Auf dem Höhepunkt des Wirrwarrs an Möglichkeiten fand Mi-



Anikajev - Waganjan
Telavi 1983

asoedow eine schillernde Remiskombination mit 1...Sc6xb4+! 2.a3xb4 Ta8-c8+ 3.Lb2-c3 Tc8xc3+ 4.Kc2xc3 Dh6-e3+ 5.Kc3-b2 Td8-d2+! - welche eine Verschwendungssucht für ein Remis - 6.Sf3xd2 De3xd2+ 7.Kb2-b1 Dd2-d1+ 8.Kb1-b2 Dd1-d2+ und Dauerschach. Auch bei 2.Dg4xb4 wäre das Resultat dasselbe geblieben, nur das hier Weiß das Remis forciert hätte: 2...Ta8-c8+ 3.Lb2-c3 Lb7xf3 4.Ta1-d1! - 4.e2xf3 a7-a5! - 4...Tc8xc3+! 5.Db4xc3 Lf3-e4+ 6.Td1-d3 Td8xd3 7.e2xd3 Dh6xh2+ 8.Lf1-g2 Le4xg2 9.Dc3-c8+ Kg8-f7 10.Dc8-d7+ Kf7-f8 11.Dd7-d8+ und der schwarze König entkommt den Schachgeboten nicht.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06765.html>

Täglich eine neue
Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach_sphinx.shtml

EUROPOOL / BÜRGER / FRAGEN

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Maso Notarianni:

"Alle können an Bord der Mediterranea Saving Humans kommen"

Interview mit Maso Notarianni von Anna Polo, 4. Dezember 2018

Migrationspolitik, ziviler Ungehorsam, konkrete Maßnahmen zur Solidarität. Darüber sprechen wir mit Maso Notarianni, Journalist, Leiter der italienischen Hilfsorganisation Arci und Mitglied bei Mediterranea Saving Humans.

Wann und wie entstand die Idee zum Projekt "Mediterranea Saving Humans"?

Die Idee schwirrte vielen von uns schon seit langem in Kopf herum. Die Jagd auf NGOs im Mittelmeer hat dann alles beschleunigt und uns den Anstoß dazu gegeben, mit einer konkreten Reaktion zivilen Ungehorsams auf die italienische und europäische Migrationspolitik und deren Kriminalisierung von Solidarität zu antworten. Anfang Frühling begannen wir, über die Machbarkeit des Projektes nachzudenken und im Sommer arbeiteten wir bereits daran, schafften den Schlepper Mar Jonio an und bauten ihn für unsere Zwecke um. Der Stapellauf erfolgte Anfang Oktober, als gemeinsames Projekt vieler verschiedener Initiativen, die sich dafür zusammen getan haben. Die Promoter sind Arci, Ya basta aus Bologna, das Onlinemagazin I Diavoli,

das soziale Zentrum ESC in Rom, das soziale Unternehmen Multivolti aus Palermo sowie Seawatch und die Gemeinde von Don Gallo in Genua. Zudem ist es mir wichtig, zu erwähnen, dass ohne die Hilfe von Erasmo Palazzotto, Nicola Fratoianni, Rossella Muroli, Alessandro Metz und Nichi Vendola, die als Garanten für den Kredit bei der Banca Etica fungierten, das Projekt niemals hätte starten können.

Wie hat sich das Projekt dann weiterentwickelt?

Zu den Promotern haben sich dann ganz viele andere dazugesellt - Pfarrgemeinden, Bürgerzirkel, soziale Zentren, Vereinigungen, Künstler, Schriftsteller und Einzelpersonen. Mediterranea ist ein offenes Netzwerk, bei dem jeder mitmachen kann. Um beizutreten und selber Hilfsprojekte vorzuschlagen, muss man nur auf unsere Webseite [1] (italienisch / englisch) oder Facebook-Seite [2] gehen und eine Nachricht hinterlassen. Es hat sich so ein außergewöhnliches Netzwerk an Solidarität gebildet, zwischen denen, die aufs Meer hinaus fahren, und denen, die an Land bleiben und dort helfen. Es

bildete sich auch eine Gruppe von erfahrenen Kapitänen, die als Ehrenamtliche an den Missionen teilnehmen, wie alle anderen auch.

Bei jeder Mission ist immer auch mindestens ein Begleitschiff neben der Mar Jonio mit dabei. Außer der Crew und dem medizinischen Personal begleiten uns auch immer Journalisten, die sehr wichtig sind und uns bei unserer Arbeit der Suche, der Dokumentation und der Anklage helfen. Zudem arbeiten wir mit den Schiffen Proactiva Open Arms und Seawatch zusammen.

Du hast bereits an zwei Missionen teilgenommen und wirst bald zur dritten aufbrechen. Was haben diese Erfahrungen bei Dir hinterlassen?

Sehr viel. Wenn man für Tage auf dem Mittelmeer ist, spürt man die Migrationspolitik Italiens und Europas hautnah, vor allem, weil man mitbekommt, wie schrecklich es ist, in einem kleinen Boot oder einer Barke auf dem Meer zu sein. Es treibt einen dazu an, noch mehr zu tun, um all das anzuklagen und diesen Wahnsinn der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Es sind Erfahrungen, die einen eng mit denen zusammenschweißen, die sie mit einem teilen.

Was ist während der Missionen passiert, an denen Du teilgenommen hast?

Beim ersten Mal haben wir ein kleines Boot gekreuzt, das Kurs auf die Insel Lampedusa nahm. Wir sind seitlich herangefahren und haben gefragt, ob sie Hilfe brauchen, aber sie antworteten

uns, dass sie zwei Motoren haben, genug Nahrung und Wasser, und dass sie lieber weiter Richtung Lampedusa wollten.

Wir haben viele Warnsignale erhalten, die das nächstgelegene Boot dazu verpflichten, den in Not geratenen zu helfen, aber leider haben wir oft feststellen müssen, dass es sich um falschen Alarm handelte, um uns wohin zu schicken, wo es dann nichts zu tun gab. Es kam auch vor, dass anstatt eines allgemeinen Alarms nur die Libyer alarmiert wurden, sodass diese die Schiffbrüchigen wieder in ihr Land zurückholen, obwohl die Internationale Seeorganisation libysche Häfen nicht als sicher anerkennt.

Ich möchte einige bedeutungsvolle Zahlen hinzufügen: Europa hat der Türkei 6 Milliarden Euro gegeben, um Flüchtlinge zurückzuhalten, und Italien finanziert die libysche Küstenwache sowie Leute, die praktisch Banditen sind, um dort Flüchtlingslager zu errichten. Die Initiative für humanitäre Korridore hingegen, die von der Gemeinde von Sant'Egidio zusammen mit den evangelischen Kirchen und der Tavola Valdese ins Leben gerufen wurde, hat 250 Millionen Euro gesammelt, Tausende Menschen nach Italien gebracht und ihren Aufenthalt dort für ein Jahr finanziell garantiert. Mit den Milliarden, die an die Türkei und an Libyen gezahlt wurden, hätte man mindestens 240.000 Menschen sicher und menschenwürdig hierher bringen können. Wie auch die Schließung der Sprar [3] (Zentren zum Schutz von Asylsuchenden und Flüchtlingen;

Anm.d.Ü.), scheinen mir all diese Entscheidungen der gesamten westlichen Welt - und vergessen wir dabei nicht das, was Trump in den Vereinigten Staaten macht - eine klare Demonstration der Tatsache zu sein, dass man das Problem nicht lösen will, sondern die Spannungen ausweiten und die Angst und das Misstrauen gegenüber den Migranten erhöhen will.

Du hast die außergewöhnlichen Reaktionen von Solidarität erwähnt, die ihr erlebt habt. Kannst Du uns dazu mehr sagen, auch im Bezug auf zukünftige Projekte?

Ehrlich gesagt haben wir nicht erwartet, dass sich so viele heterogene Kräfte aktivieren würden, von den Pfarrgemeinden bis zu den sozialen Zentren: inzwischen gibt es jeden Tag in Italien zwei oder drei neue Initiativen, um unser Projekt und unser Netzwerk bekannter zu machen, und um Spenden zu sammeln. Die Leute kümmern sich selber um alles, sie rufen uns an und wir gehen dorthin, wo wir eingeladen werden. Zum selben Zweck und auf die Initiative von Michela Murgia hin tourte vor kurzem eine Gruppe von Schauspielern, Sängern und Schriftstellern [4] mit dem Schauspiel "La via di terra" durchs Land. Wir wollen noch viele weitere dezentrale Events wie dieses auf den Weg bringen. Unsere Einladung ist klar und wendet sich an alle: "Kommt an Bord der Mediterranea Saving Humans"!

Übersetzung aus dem Italienischen von Evelyn Rottengatter

CO2 - die Ökonomie behält den ersten Platz ...

(SB) 3. Dezember 2018 - Im August 2018 und damit noch rechtzeitig vor der am 2. Dezember 2018 in Katowice begonnenen UN-Klimakonferenz hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ein Politikpapier mit dem Titel "Zeit-gerechte Klimapolitik: Vier Initiativen für Fairness" [1] veröffentlicht. Dar-

Fortsetzung von Seite 12:

Anmerkungen:

[1] <https://mediterraneaescue.org/en/>

[2] <https://www.facebook.com/Mediterraneaescue/>

[3] <https://www.sprar.it/english>

[4] <https://mediterraneaescue.org/news/mediterranea-la-via-di-terra/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/buerger/ebfr0005.html>

in werden sehr viel ausführlicher die sozialen Folgen der globalen Erwärmung als die ihr zugrundeliegenden naturwissenschaftliche Fragen in den Mittelpunkt gestellt. So fordert der WBGU, daß erstens ein Plan zum Strukturwandel in Kohlebergbauregionen erarbeitet wird, zweitens die Rechtsansprüche vom Klimawandel geschädigter Menschen geprüft werden, drittens die Migration von Klimaflüchtlingen sichergestellt wird und viertens Finanzmittel für eine "zeit-gerechte" Transformation (u.a. Generationengerechtigkeit) bereitgestellt werden.

Die menschengemachten CO₂-Emissionen gelten als Hauptfaktor der gegenwärtigen globalen Erwärmung. Um den 2015 im Klimaübereinkommen von Paris beschlossene Grenzwert, die Erderwärmung auf unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit zu halten, nicht zu durchbrechen, müssen laut WBGU die weltweiten CO₂-Emissionen spätestens 2020 ihren Scheitelpunkt erreicht haben und anschließend kontinuierlich sinken. Und der WBGU macht auf eine weitere positive Begleitfolge einer raschen CO₂-Minderung aufmerksam: Weniger fossile Energieträger zu verbrennen bedeutet, daß auch weniger Luftschadstoffe entstehen und Millionen vorzeitige Todesfälle vermieden werden.

Die geforderte Dekarbonisierung, also "Entkohlenstofflichung" der

Gesellschaft läuft auf einen Strukturwandel hinaus. Darin hat die Bundesrepublik Deutschland eigentlich schon reichhaltige Erfahrungen, wurde doch der Steinkohlebergbau im Laufe des vergangenen Jahrhunderts nach und nach zurückgefahren und in diesem Jahr vollständig eingestellt. Die in der Kohleindustrie Beschäftigten mußten in anderen Branchen untergebracht werden. "Allein im Kohlebergbau des Ruhrgebiets waren von Ende der 1950er bis Ende der 1990er Jahre fast 430.000 verlorene Arbeitsplätze zu kompensieren", so der WBGU.

Heute wird in Deutschland nur noch Braunkohle im Tagebau gefördert. Darin sind etwa 25.000 Menschen beschäftigt. Aus Klimaschutzgründen müßte die Braunkohle ab sofort im Boden bleiben, weil ihre Verstromung vergleichsweise hohe CO₂-Emissionen erzeugt. Der WBGU schreibt, daß der Kohleausstieg bis 2030 weltweit vollzogen sein muß. Das bedeute, daß der Strukturwandel nicht so stark wie beim Steinkohleausstieg wäre, aber innerhalb einer viel kürzeren Zeit vonstatten gehen müßte.

Die Sorge der Beschäftigten in der Kohlewirtschaft vor einem Arbeitsplatzverlust ist insofern nachvollziehbar, als daß die Regierung bisher keinen umfassenden, glaubwürdigen Plan zum Strukturwandel vorgelegt hat. Das nährt das Mißtrauen, daß ein nicht geringer Teil der Beschäf-

tigten dem Hartz-Regime zugeführt und verarmen würde. Aber würden die Kohlekumpel auch dann noch für den Erhalt ihrer klimaschädigenden Arbeitsplätze auf die Straße gehen, wenn sie ganz sicher sein könnten, daß sie durch den Kohleausstieg keinerlei ökonomische Nachteile erleiden?

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des WBGU-Politikpapiers war noch nicht klar, daß die von der Regierung einberufene Kohlekommission, die Vorschläge zum sozialverträglichen Kohleausstieg erarbeiten soll, es offenbar tunlichst vermieden hat, noch vor der COP24 Empfehlungen auf den Tisch zu legen, über die man dann hätte sprechen können. Das ist ein ganz großes Manko der Bundesrepublik und läßt sich kaum anders deuten, als daß die Verzögerung absichtlich herbeigeführt wurde. Die anderen Staaten wissen sehr genau einzuschätzen, daß Deutschland seine widersprüchliche Klimapolitik weiterbetreiben will, indem es Forderungen an andere richtet - beispielsweise an die kohlefreundliche polnische Regierung -, aber immer dann auf die Bremse tritt, wenn die eigene Industrie Nachteile erleiden könnte. Stichworte hierzu sind unter anderem Braunkohleverstromung, subventionierter Autoverkehr, Steuervorteile für Flugbenzin.

Die zweite Initiative, die der WBGU vorschlägt, stützt sich im Kern auf ein nachvollziehbares Argument: Unternehmen aus der fossilen Energiewirtschaft, die aufgrund des aus Klimaschutzgründen notwendigen Strukturwandels Einbußen erleiden, werden dafür vom Staat entschädigt

oder können Entschädigungen für ihre Verluste einklagen. Umgekehrt jedoch gilt dies für einzelne Menschen, die existentiell von den Folgen des Klimawandels, den andere zu verantworten haben, betroffen sind, nicht. Dazu schreibt der WBGU: "Diese Asymmetrie der Durchsetzung von Rechtsansprüchen wegen erlittener Schäden zwischen geschädigten Personen und verursachenden Unternehmen führt aus Sicht des WBGU zu einer Schiefelage, die einer zeit-gerechten Transformation entgegensteht."

Die Autorinnen und Autoren legen den Finger in die Wunde der Regierungen, indem sie darauf aufmerksam machen, daß "Verluste und Schäden" durch den Klimawandel (Loss and Damage) bereits heute Realität sind, aber eine weitaus geringere Aufmerksamkeit erlangen als beispielsweise Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel. "Ausreichende Anstrengungen der Staatengemeinschaft, Verluste und Schäden auszugleichen bzw. so weit wie möglich rückgängig zu machen, sind bislang nicht erkennbar."

Ausgerechnet in diesem Punkt, der für die ärmeren Länder von enormer Bedeutung ist, bleibt das Übereinkommen von Paris besonders unverbindlich, wie der WBGU schreibt: "Die Vertragsstaaten erkennen ... zwar die Notwendigkeit an, das Thema zu adressieren, bekunden aber gleichzeitig in der Erklärung zur Anerkennung des Übereinkommens, dass (dies) keine verpflichtenden Ausgleichszahlungen zur Folge hat."

Das kritisierte auch die Anwältin Makereta Waqavonovono aus der Republik Fidschi. Sie hat Vorun-

tersuchungen für eine Klage durchgeführt, die bei der Human Rights and Anti-Discrimination Commission von Fidschi gegen die Regierung eingereicht werden soll und berichtete von dieser "Klimaklage" im vergangenen Jahr auf dem People's Climate Summit in Bonn [2].

Der WBGU empfiehlt der Bundesregierung, Klagen von Individuen gegenüber Großemittenten zu unterstützen. Aufgrund der finanziellen Risiken würden jedoch bislang durch Klimafolgen Geschädigte kaum klagen. Zu denen, die dennoch den juristischen Kampf gegen den einen oder anderen Goliath aufgenommen haben, gehört sicherlich Carroll Muffett, Präsident und Vorstandsvorsitzender des in Washington DC ansässigen Center for International Environmental Law (CIEL). Auch er nahm am People's Climate Summit in Bonn teil und stellte die Arbeit seines Centers vor [3].

Nach dem Ersten Weltkrieg befanden sich Millionen Menschen auf der Flucht. Sie besaßen weder gültige Ausweispapiere noch konnten sie in ihre Heimat zurückkehren. Um die Not der Menschen einigermaßen zu lindern, habe 1922 der damalige Hochkommissar für Flüchtlingsfragen des Völkerbundes Fridtjof Nansen "ein internationales Rechtsinstrument zum Schutz der Migrant*innen" - einen Pass für Staatenlose - erfunden. Dieser Pass gestattete es ihnen, Staatsgebiete jener Länder zu betreten, die den "Nansen-Pass" anerkannten. Auf diese später mit dem Friedensnobelpreis bedachte Idee hebt aktuell der WBGU ab und fordert, daß die internationale

Staatengemeinschaft Menschen, die aus Gründen des Klimawandels migrieren, einen "Klimapass" gewährt, der es ihnen ermöglicht, sich in anderen Ländern niederzulassen.

Die vierte Initiative des WBGU dreht sich um die Einrichtung eines Transformationsfonds zur Umgestaltung der Gesellschaft, der sich von der fossilen Energiewirtschaft ab- und einer nachhaltigen Energiewirtschaft zuwendet. Der Fonds soll sich unter anderem aus einer umfassenden Bepreisung von Treibhausgasemissionen speisen. Die wohlhabenderen Länder, die historisch die Hauptverantwortung für den Klimawandel tragen, sollen die wirtschaftliche schwächeren Länder stärker unterstützen, damit diese Anpassungsmaßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen können, lauten einige der Vorschläge, die der WBGU unter dem Stichwort "zeit-gerechte Trans-

formation" subsumiert.

Nicht zufällig greift der WBGU mit seinen vier Vorschlägen einige von der Klimaschutzbewegung erhobene Forderungen auf. Die große inhaltliche Nähe zwischen Regierungsberatung und Zivilgesellschaft drückt sich in Aussagen aus wie: "Der WBGU weist der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure für die Erarbeitungen von Lösungen von Umweltproblemen prinzipiell eine zentrale Rolle zu."

Wie in der Vergangenheit, als der WBGU vergleichbar kritische Berichte zu anderen gesellschaftlichen Konfliktfeldern erstellt hat, dürfte der Einfluß dieses Politikpapiers auf die konkrete Regierungspolitik recht bescheiden ausfallen gemessen an der Aufgabe, die globale Erwärmung ausbremsen, indem die CO₂-Emissionen reduziert werden. Das WBGU-Papier entspricht ganz

und gar nicht der Politik, die von der Bundesregierung verfolgt wird und die dazu geführt hat, daß Deutschland sein Klimaschutzziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 zu senken, aller Voraussicht nach weit verfehlen wird. Die COP24 in Katowice wird zeigen, ob überhaupt und in welchem Ausmaß die WBGU-Vorschläge ein Leitfaden für die Politik der Bundesregierung sind.

Anmerkungen:

[1] <https://www.wbgu.de/>

[2] <http://schattenblick.de/infopool/buerger/report/brri0143.html>

[3] <http://schattenblick.de/infopool/buerger/report/brri0162.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-677.html>

KINDERBLICK / GESCHICHTEN / ADVENT

Im Advent - Verscheucht

(SB) 3. Dezember 2018 - Olgas Stoffschaf Molly liegt unter dem Kopf eines Mannes, der hier auf der Parkbank übernachtet. Er ist nur spärlich zugedeckt mit einer Regenjacke, und er hat keine Bleibe, kein Zuhause. So lebt er auf der Straße. Bei sonnigem Wetter mag das so manch einem spaßig erscheinen. Aber in Regen oder Schnee, in feuchter Luft und Kälte ist das Leben auf der Straße für niemanden angenehm. Und das schlimmste ist, noch nicht



einmal hier auf der Parkbank, wo der Mann nachts doch niemanden stört, kann er bleiben.

Schon kommt ein Ordnungshüter mit einer Taschenlampe vorbei und weckt den schlafenden Mann auf. "Hier kannst du nicht bleiben. Das ist ein öffentlicher Park. Such dir eine andere Bleibe und laß dich hier nicht mehr von mir beim Schlafen erwischen", schimpft der Wächter und dutzt den Fremden. Obwohl er ihn doch gar nicht kennt, behandelt er ihn wie einen bösen Menschen, obwohl der Mann auf der Bank doch niemandem etwas getan hat.

Also schnappt sich der Mann seine wenige Habe, steckt heimlich Molly ein und verläßt den Park. Er hat es schon erlebt, daß ihm Dinge einfach weggenommen wurden, weil solch ein Ordnungshüter oder auch ein Polizist nicht glaubten, daß ihm diese Dinge gehörten. Der Polizist damals meinte, die Sachen seien sicher gestohlen, die wären noch zu neu und könnten gar nicht seine sein. Dabei hatte er sie auf der Straße beim Betteln geschenkt bekommen. Längst hat der Mann es aufgegeben, einen ihm drohenden Ordnungshüter zu bitten, ihn doch einfach auf der Bank schlafen zu lassen, er störe doch niemanden, keiner sei da, der sich jetzt auf der Bank erholen wolle, nur er. Schließlich sei der Park doch öffentlich. Der Mann hat schon lange gelernt, daß all sein Bitten nichts hilft. So ist er froh, das Stoffschaf eingesteckt zu haben. Wenigstens hat er sich hier ein Kissen ergattert.

Wo aber soll er jetzt hin? In den Obdachlosenheimen war heute Nacht schon alles belegt. In den Vorraum einer Bank gelangt er auch nicht, er hat keine Bankkarte mit der er die Tür öffnen könnte. Eine solche bekommt er nur, wenn er ein Konto eröffnet - doch ohne Wohnsitz kein Konto. Wenn er aber eine Wohnung hätte, bräuchte er nicht auf der Straße zu schlafen, was für ein Teufelskreis.

Auf dem Weihnachtsmarkt gehen ebenfalls Wächter herum, auch dort wird er keinen Schlupfwinkel finden. Vielleicht in irgendeinem Hauseingang in einer dunklen Gasse? Der Mann ist längst aus dem Park heraus

und steuert in Richtung der Schrebergartensiedlung zu. Auch hier muß er sich in Acht nehmen. Aber zu dieser Stunde könnte er Glück haben, hier niemandem aufzufallen und vielleicht eine nicht versperrte Gartenlaubentür oder einen offenen Schuppen zu finden, in dem er für die nächsten vier Stunden bleiben kann. Dann aber muß er sich wieder auf die Socken machen, denn gegen Morgen kommen die ersten Schrebergärtner in ihre kleinen Areale zurück.

Unter der Jacke des Mannes versteckt, sieht Molly nicht, wohin es geht. Erst als es nach Heu riecht, holt der Mann das Stoffschaf aus dem Versteck heraus. In einem Garten hat er eine überdachte Ecke mit Stroballen und einem Bund Heu gefunden. Beides ist wohl für die Hasen bestimmt, die in den Käfigen hocken. Schön sehen die Käfige aus, wie richtige Häuschen mit Treppe und Balkon. Doch ein Käfig bleibt ein Käfig. Der Mann streckt sich auf dem Stroh aus, steckt sich Molly wieder unter den Nacken und schläft bald ein. Nur Molly schläft nicht. Olga hatte ihren Kopf nie so auf Molly geknetscht. Und Molly sehnt sich nach ihrem geliebten Zuhause.

Gute Nacht!

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/geschi/kggn3653.html>

FOLKLORE

*Kulturcafé Komm du -
Januar 2019*

The Ocelots: "Free Spirit"

**Irischer Singer-Songwriter
Folk mit Gitarre und Bluesharp**

*Konzert am Mittwoch,
den 9. Januar 2019,
20.00 bis 22.00 Uhr*

*Platzreservierungen per Telefon:
040 / 57 22 89 52 oder
E-Mail: kommdu@gmx.de*

Eintritt frei / Hutspende



The Ocelots
Irischer Singer-Songwriter Folk
mit Gitarre und Bluesharp

Mittwoch, 9. Januar 2019, 20.00 Uhr
Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg-Harburg
www.komm-du.de
Eintritt frei / Hutspende

Plakat zum Konzert mit dem irischen Singer-Songwriter Folk-Duo "The Ocelots" am Mittwoch, den 9.1.2019 um 20 Uhr im 'Komm du' in Hamburg-Harburg mit einem Foto der beiden Zwilingsbrüder Brandon & Ashley Watson

Foto: © by Jamie Barrett

Das *Komm du* lädt ein zu einem Konzert am Mittwoch, den 09.01.2019, 20.00 bis 22.00 Uhr:

The Ocelots: "Free Spirit"

Irischer Singer-Songwriter Folk mit Gitarre und Bluesharp

The Ocelots - das sind die beiden Zwillingbrüder Brandon & Ashley Watson aus dem irischen Wexford. Ihre Musik ist eine kraftvolle Mischung aus reichen Harmonien, ausdrucksstarken Stimmen und reinem akustischen Folk mit Gitarre und Bluesharp. In ihrem Heimatland und auf dem europäischen Kontinent haben die beiden hochtalentierten Musiker bereits viele Fans gewonnen und es werden stetig mehr. Immer häufiger sind sie auch auf größeren Bühnen anzutreffen. Im Jahr 2017 unterstützten sie Glen Hansard bei einigen seiner Deutschland-Konzerte und im Juli 2018 traten sie beim großen Tollwood-Festival in München als Support für den genialen US-Singer/Songwriter Jack Johnson auf. Der musikalische Weg des Duos *The Ocelots* führt steil nach oben!

Breakdown - Jack Johnson with The Ocelots

<https://www.youtube.com/watch?v=k1fEBCwbRQc>

The Ocelots - das sind:

Brandon Watson (Gesang, Gitarre, Bluesharp)

Ashley Watson (Gesang, Gitarre)

Weitere Informationen:

The Ocelots - Homepage

<http://www.theocelots.com/>

The Ocelots bei Facebook

<https://www.facebook.com/pg/TheOcelotsMusic>

Zum Reinhören & Anschauen:

The Ocelots: "Lost"

<https://www.youtube.com/watch?v=Jwuon5UV9gU>

The Ocelots: "Said That I'm Leaving You"

<https://www.youtube.com/watch?v=NKQA8eK7QrM>

The Ocelots: "Can't Even Say Your Name" (Live at the Ruby Sessions)

<https://www.youtube.com/watch?v=CwnCqb4yF-E>

The Ocelots - The Winner Takes It All (Cover for Sunday Sessions)

<https://www.youtube.com/watch?v=mQFzpCz-BVI>

The Ocelots - Shoot Me Darling - CARDINAL SESSIONS

<https://www.youtube.com/watch?v=orqV3Igszes>



The Ocelots - die Musik der Zwillingbrüder Brandon & Ashley Watson aus Irland ist gekennzeichnet durch reiche Harmonien, ausdrucksstarke Stimmen und reinen akustischen Folk mit Gitarre und Bluesharp
Foto: © by Jamie Barrett

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/veranst/folk1396.html>

Das Kulturcafé *Komm du* in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das *Komm du* in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, hat sie sich bewusst für den rauen und ungemein lebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im *Komm du* exzellente Kaffeespezialitäten, täglich wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das *Komm du* ist geöffnet von Montag bis Freitag 7:30 bis 17:00 Uhr, Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr und an Eventabenden open end.

Näheres unter:

<http://www.komm-du.de>

<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:

Kulturcafé *Komm du*

Buxtehuder Straße 13

21073 Hamburg

E-Mail: kommdu@gmx.de

Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:

Telefon: 04837/90 26 98

E-Mail: redaktion@schattenblick.de

Inhalt Ausgabe 2758 / Dienstag, den 4. Dezember 2018

- 1 UMWELT - REPORT: Klimawandel - Ausflucht Politik ...
- 6 DIENSTE - KALENDER: Adventskalender - für den 4. Dezember
- 7 POLITIK - AUSLAND: Kolumbien - ELN ernennt Rodríguez Bautista zu Unterhändler für Friedensgespräche (poonal)
- 8 POLITIK - AUSLAND: Mexiko schiebt Migrant*innen ab (poonal)
- 9 POLITIK - KOMMENTAR: Rote Hilfe - Verbotsgefahr im Verzug ...
- 10 SCHACH-SPHINX: Einheit von Kultur und Denken
- 11 EUROPOOL - BÜRGER: Maso Notarianni - "Alle können an Bord der Mediterranea Saving Humans kommen" (Pressenza)
- 13 UMWELT - REDAKTION: CO2 - die Ökonomie behält den ersten Platz ...
- 15 KINDERBLICK - GESCHICHTEN: Im Advent - Verscheucht
- 16 VERANSTALTUNG: The Ocelots: "Free Spirit", den 9. Januar 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 4. Dezember 2018

+++ Vorhersage für den 04.12.2018 bis zum 05.12.2018 +++



© 2018 by Schattenblick

Bis nachmittags Sonnenschein, Wolkenfelder werden mehr, mancher Schauer stellt sich ein, Jean-Luc freut sich darauf sehr.

IMPRESSUM

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.